

Motion von Luzian Franzini, Klemens Iten, Fabienne Michel und Ronahi Yener betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur gesicherten Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Es sei bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen, welche das Parlament auffordert, einen Bundesbeschluss zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Begründung:

Im Dezember 2023 verabschiedete der Bundesrat das Verhandlungsmandat, das insbesondere Erasmus+ und Horizon Europe beinhaltet. Die aktuelle Entspannung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union muss nun innenpolitisch unterstützt werden. Die europäische Bildungs- und Forschungszusammenarbeit mit Erasmus+ darf nicht erneut in den Hintergrund gedrängt werden. Bildungspolitik ist laut Bundesverfassung in der Kompetenz der Kantone, gleichzeitig sind diese bei den Verhandlungen zu Erasmus und oder Horizon kaum eingebunden, mit der Standesinitiative können Kantone ihren Willen in dieser Angelegenheit bekunden.

Die Welt der Berufs- und Hochschulbildung, aber auch die Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und der Sport leiden seit 2014 stark unter der Nichtassoziiierung von Erasmus+. Anlässlich des traurigen Jahrestags des zehnjährigen Ausschlusses der Schweiz muss ein klares Signal an den Bundesrat gesendet werden, um Verhandlungen zu unterstützen, die endlich zum Erfolg führen. Entscheidend ist, dass der Bundesrat nun möglichst schnell die innenpolitischen Weichenstellung mit der Finanzierung auf den Weg bringt. Die Schweiz als starker Bildungs- und Forschungsstandort muss Teil sein dieser Programme, welche die Bildungsqualität und Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Während der Bundesrat bereits im Jahr 2020 die Botschaft zur Finanzierung der Vollmitgliedschaft der Schweiz bei Horizon vorlegte, fehlt dies bei Erasmus+ bis heute. Eine solche Botschaft zur Finanzierung dient auch dazu, der EU den Schweizer Willen zu zeigen, vollkommen an den europäischen Programmen teilzunehmen und der Kritik des selektiven Vorgehens ("cherry picking") in diesem Bereich zu begegnen, die dem Ansehen der Schweiz schadet. Ein klares Bekenntnis zur europäischen Bildungs- und Forschungszusammenarbeit stärkt die Glaubwürdigkeit und die Position der Schweiz im Hinblick auf andere Verhandlungsthemen mit Europa. Zudem bietet die Teilnahme am Austauschprogramm Erasmus+ für Lernende, Studierende, Lehrende und Forschende aus Zug die Möglichkeit, internationale Erfahrungen zu sammeln und Netzwerke zu knüpfen. Dies ist besonders wichtig für einen Kanton, der auf hochqualifizierte Arbeitskräfte und globale Beziehungen setzt.

Die Standesinitiative fordert daher den Bundesrat auf, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen. Gleichzeitig muss das Parlament den Willen haben, vom Bundesrat mehr Tempo zu fordern.

Der Kanton Zug hat an einer Vollassoziiierung an Erasmus+ und Horizon Europe besonderes Interesse, da er als dynamischer und innovativer Wirtschaftsstandort stark von der internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit sowie an der Nähe am Hochschulstandort Zürich profitiert. Auch durch seine Beteiligung an Programmen wie Horizon Europe kann Zug seine Position als Bildungs- und Forschungsstandort weiter stärken.

Horizon Europe ist das wichtigste Förderprogramm der EU für Forschung und Innovation mit einem Budget von 95,5 Mrd. Euro, wovon Schweizer Hochschulen wie die ETH Zürich oder die HSLU bei einer Vollassoziiierung in erheblichem Masse profitieren könnten. Solche Forschungsprogramme werden beispielsweise für eine selbsttragende «Blockchain Zug – Joint Research Initiative» wichtige finanzielle Beiträge liefern.